

Name der Gesellschaft:
Preußische National-Versicherungsgesellschaft zu Stettin

会社名 :
プロイセン国民保険会社

認可年月日 :
1845.10.31.

業種 :
保険

掲載文献等 :
Amtsblatt der Regierung zu Stettin, Nr.1 (2.1.1846),
Jg.1846, SS.1-31. ; Gesetz=Sammlung für die Preußischen Staaten,
Jg.1845,SS.789-819.

ファイル名 :
18451031PNVG_A.pdf

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 42. —

(Nr. 2658.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 31. Oktober 1845., betreffend die Bestätigung des unterm 5. April d. J. notariell vollzogenen Statuts der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft zu Stettin.

Auf Ihren Bericht vom 15. August d. J. will Ich dem in Stettin unter dem Namen „Preussische National-Versicherungsgesellschaft“ gebildeten Vereine, welcher den Zweck hat, Versicherungen gegen See-, Strom- und Feuergefahr zu übernehmen, nach den Vorschriften des Gesetzes vom 9. November 1843. die Rechte einer Aktiengesellschaft verleihen und das, unter dem 5. April d. J. notariell vollzogene Statut derselben nebst den angehängten Affekuranz-Ordnungen hierdurch, jedoch mit folgenden Maaßgaben bestätigen.

- 1) im zweiten Satz des §. 5. des Statuts ist zwischen den Worten „Gesellschaft“ und „aufgelöst“, einzuschalten: „vorbehaltlich der Genehmigung des Staats“;
- 2) im ersten Absatz des §. 34. des Statuts ist hinter dem Zitat: „Allgemeine Gerichtsordnung Th. I. Tit. 2. §. 167. und folgende, noch einzuschalten, „Titel 30. §. 50—56.“;
- 3) der dritte Absatz des §. 34. des Statuts, welcher unstatthafte Bestimmungen über den Instanzenzug bei dem schiedsrichterlichen Prozeßverfahren enthält, soll mit Weglassung des ersten Satzes so lauten:
„Von dieser schiedsrichterlichen Entscheidung findet alsdann noch die Berufung an das hiesige Königliche See- und Handelsgericht im vor-schriftsmäßigen Rechtsgange Statt“;
- 4) dem §. 40. des Statuts ist folgender Zusatz zu geben:
„Die Legitimation der Direktoren wird auf gleiche Weise, wie (nach §. 54.) die des Verwaltungsrathes, durch Ausfertigung des nota-riellen Protokolls über ihre Ernennung geführt.“
- 5) in §. 24. des Anhangs A. sollen die Worte: „die mit dem Schiffs-Journal übereinstimmen“ wegfallen und statt dessen gesagt werden: „Die mit dem Schiffsjournal nicht in Widerspruch stehen.“

Nach der Berichtigung dieser Punkte ist das hierbei zurückfolgende Statut mit
Jahrgang 1845. (Nr. 2658.) 112 seinen

seinen Anhängen und dieser Order durch die Gesessammlung und das Amtsblatt der Regierung zu Stettin zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.
Sanssouci, den 31. Oktober 1845.

Friedrich Wilhelm.

An die Staatsminister von Bodelschwingh, Flottwell und Uhden.

Statuten

für

die Preussische National-Versicherungsgesellschaft.

Erster Abschnitt.

Errichtung und Zweck der Gesellschaft.

§. 1.

Durch den gegenwärtigen Vertrag ist unter der Firma:
Preussische National-Versicherungsgesellschaft
ein Verein von Aktionairen zu einer Gesellschaft zusammengetreten, die den Zweck hat, nach näherer Bestimmung dieses Statuts, Versicherungen
gegen Seegefahr,
Stromgefahr und
Feuergefahr
zu übernehmen.

Die Gesellschaft wird in allen ihren Angelegenheiten wie angegeben firmiren, und sich des Siegels, welches die obige Firma führt, bedienen.

§. 2.

Das Domizil der Gesellschaft ist Stettin und ihr Forum das Königliche Land- und Stadtgericht daselbst. Die Gesellschaft hat kaufmännische Rechte und Pflichten. Uebernimmt sie Wechselverbindlichkeiten, so ist gegen sie zwar der Wechselprozeß zulässig, die Exekution findet jedoch nur in das Vermögen der Gesellschaft statt.

§. 3.

Der Fonds der Gesellschaft besteht in einem Kapitale von
Drei Millionen Thaler Preussisch Kurant,
welches in 7500 Aktien, jede zu 400 Thaler, vertheilt und zusammengebracht wird.
Auf

Auf jede dieser Aktien werden 25 Prozent baar eingeschossen, über den Rest unverzinsliche Solawechsel auf vierwöchentliche Kündigung ganz oder theilweise zahlbar an die Order der Firma ausgestellt. Für den Betrag dieser Solawechsel ist jeder Aktionair wechselfähig verhaftet, auch wenn er sonst nicht wechselfähig wäre. Wer die ihm ganz oder theilweise gekündigten Wechsel bis spätestens innerhalb 8 Tagen nach Ablauf der Kündigungsfrist nicht einlöst, giebt dem Vorstände der Gesellschaft das Recht, entweder den Wechsel einzuklagen, oder den Aktionair seines Rechts auf die Aktie zum Besten der Gesellschaft für verlustig zu erklären. Im letzteren Falle wird die Aktie von der Direktion durch einen Makler öffentlich meistbietend verkauft, und der frühere Aktionair ist außerdem der Gesellschaft für allen Nachtheil verantwortlich.

§. 4.

Die Gesellschaft tritt ins Leben, sobald mindestens 1,500,000 Thaler Preussisch Kurant gezeichnet sind und die Genehmigung des Staats ertheilt ist. Bis zur Höhe von zwei Millionen werden die Zeichnungen pari angenommen. Zeichnungen für die dritte Million werden zwar angenommen, doch bleibt der Beschluß vorbehalten, zu welchem Kurse dieselben ausgegeben werden sollen.

§. 5.

Die Dauer der Gesellschaft wird auf 25 Jahre festgesetzt, welche mit dem Tage beginnen, wo die Genehmigung des Staats ertheilt ist. Im Laufe der ersten 25 Jahre oder einer etwanigen Prolongation, kann die Gesellschaft, vorbehaltlich der Genehmigung des Staats, aufgelöst werden, wenn bei Ablegung der jährlichen Schlußrechnung der wahrscheinliche Verlust des größten Theils des baaren Einschusses erweislich wäre, und in einer besondern, mit Angabe des Zwecks zusammenberufenen Generalversammlung $\frac{2}{3}$ der erschienenen Aktionaire für die Auflösung der Gesellschaft stimmen.

§. 6.

Die Aktien können nur mit Genehmigung der Gesellschaft verpfändet werden. Im Fall eines Arrestschlages oder einer Exekution steht der Direktion das Recht zu, die Aktien durch einen vereideten Makler an der Börse verkaufen zu lassen. Der Erlös muß dann zur richterlichen Gewahrsam abgeliefert werden.

§. 7.

Der Verkauf der Aktien ist nur mit Genehmigung des Verwaltungsraths und an solche Personen zulässig, welche als Mitglieder der Gesellschaft anzunehmen, in keiner Weise bedenklich ist. Das Recht, diese Genehmigung zu ertheilen, oder sie zu versagen, steht dem Verwaltungsrath unbedingt und ohne, daß er verpflichtet wäre, Gründe anzugeben, zu.

Wird der Verkauf genehmigt, so werden dem ausscheidenden Aktionair seine Wechsel zurückgegeben, und an deren Stelle die des neuen Aktionairs angenommen.

§. 8.

Die Aktien werden nach dem, dem Statut beigegebenen Formulare in fortlaufender Nummer, auf einen bestimmten, namentlich darin benannten Eigenthümer ausgefertigt und auf ein besonderes Folium in ein hierzu bestimmtes Aktienbuch eingetragen. In diesem Aktienbuch werden auch die mit Genehmigung des Verwaltungsraths vorgenommenen Veräußerungen, die Verpfändungen oder Beschlagnahmen (confr. §. 6.) einzelner Aktien notirt. Die Kosten der Stempel zu den Aktien und Wechseln trägt jeder Aktionair.

Z w e i t e r A b s c h n i t t.

Innere und äußere Verhältnisse der Gesellschaft und ihrer Mitglieder.

§. 9.

Durch Einzahlung des nach §. 3. bestimmten Einschusses, durch Ausstellung der Wechsel und durch Annahme der letztern Seitens des Verwaltungsraths wird Jemand Aktionair der Gesellschaft und erlangt dadurch ein Recht auf 4 Prozent Zinsen seines ersten baaren statutenmäßigen Einschusses, soweit der nach dem jedesmaligen Jahresabschlusse sich ergebende Ueberschuß die Mittel dazu gewährt, und auf die zu vertheilenden Dividenden, und erhält außerdem ein Miteigenthum an dem Vermögen der Gesellschaft nach Verhältniß der Aktien, die er besitzt.

Spätere Einschüsse der Aktionaire werden nicht verzinslet.

§. 10.

Von der jährlichen reinen Einnahme der Gesellschaft werden zunächst die Zinsen des ersten Einschusses bezahlt. Der dann verbleibende Gewinn wird in den ersten zwei Jahren ganz, in den folgenden Jahren aber die Hälfte so lange zur Bildung eines Reservefonds verwandt, bis dieser die Summe von 300,000 Thalern erreicht hat. Es wird daher in den ersten zwei Jahren von dem Gewinne nichts, nach Ablauf dieses Zeitraums die Hälfte des Gewinnes bis zur Ansammlung des Reservefonds auf 300,000 Rthlr.; nachdem diese Summe erfüllt ist, der ganze Gewinn jährlich an die Aktionaire als Dividende vertheilt. Diese Dividendenzahlungen werden aber, wenn die jährlichen Einnahmen zur Deckung der Schäden nicht hinreichen, und der Reservefonds angegriffen werden muß, bis dahin suspendirt, daß der Reservefonds wieder die frühere Höhe von 300,000 Rthlr. erreicht hat. Die Zinsen des Reservefonds wachsen der jährlichen Einnahme zu.

Neue Einschüsse können nicht eher von den Aktionairen verlangt werden, als bis der Reservefonds absorhirt und die Hälfte des ersten baaren Einschusses durch Schadensprüche verloren gegangen ist.

§. 11.

Die Auszahlung der Zinsen und der Dividende erfolgt in der ersten Hälfte des Monats Mai eines jeden Jahres in Stettin oder auch in mehreren an=

anderen großen Städten, wenn der Verwaltungsrath es für zweckmäßig halten sollte, durch die nach §. 51. dieser Statuten öffentlich zu benennenden Agenten oder Banquiers. Den Aktien werden Kupons und Dividendenscheine beigegeben.

Den Produzenten dieser Kupons und Dividendenscheine ist die Direktion oder die an anderen Plätzen dazu ernannten Häuser als zum Empfang der Zinsen und Dividenden für legitimirt anzusehen berechtigt, aber nicht verpflichtet.

§. 12.

In den Aktien ist auf das Statut verwiesen und kann sich deshalb kein Aktionair mit Unwissenheit des Inhalts entschuldigen. Jeder Aktionair erhält bei Aushändigung seiner Aktien ein Exemplar der Statuten unentgeltlich.

§. 13.

Sobald ein Aktionair fallit wird, — und für fallit ist derjenige zu achten, über dessen Vermögen der Konkurs eröffnet oder dem kaufmännische Kuratoren bestellt sind, oder gegen den Wechselexecution vollstreckt ist, oder der auf ein moratorium provoziert hat — so hört seine Theilnahme an der Gesellschaft auf, und die Masse hat kein Recht, sie fortzusetzen. Der Fallit, die Konkursmasse oder ihre Kuratoren sind vielmehr verpflichtet, innerhalb dreier Monate, nachdem die Zahlungsunfähigkeit erklärt ist, auf vorangegangene Aufforderung des Verwaltungsraths nach Maafgabe des §. 7. dieser Statuten den von dem Verwaltungsrath genehmigten Verkauf der Aktien nachzuweisen. Geschieht dies nicht, so hat die Direktion das Recht, die Aktien des Falliten nach Maafgabe des §. 6. verkaufen und den Erlös zur richterlichen Gewahrsam abliefern zu lassen. Wird die Einlieferung der Aktien verweigert, so ist die Direktion befugt, dieselben nebst dazu gehörigen Kupons und Dividendenscheinen für null und nichtig zu erklären.

Die Annullirung der Aktien wird durch einmalige Einrückung in die hiesige Zeitung, die Allgemeine Preussische Zeitung und die Börsennachrichten von der Ostsee, so lange die letzteren bestehen, bekannt gemacht.

§. 14.

Verstirbt ein Aktionair mit Hinterlassung minorener oder majorener Erben, die nach dem Dafürhalten des Verwaltungsrathes als Aktionaire nicht anzunehmen sind, so steht es der Direktion frei, wenn die Erben nicht binnen 6 Monaten, von dem Todestage ihres Erblassers an gerechnet, qualifizierte Käufer nachweisen, den öffentlichen Verkauf der Aktien durch einen vereideten Makler meistbietend zu bewirken. Der Erlös wird dann, nach Abzug aller der Gesellschaft an den Verstorbenen zustehenden Forderungen an die Erben abgeliefert.

Wegen Annullirung der Aktien, wenn die Erben die Auslieferung derselben weigern sollten, gilt dasselbe, was im §. 13. bei eintretender Insolvenz eines Aktionairs bestimmt ist.

A. Versicherung gegen Seegefahr.

§. 15.

Die Rechtsverhältnisse zwischen der Gesellschaft und ihren Versicherten werden zunächst nach etwaigen besonderen Festsetzungen der Polize, dann nach den Bestimmungen des Anhangs A. zum Statut §. 1. bis 32. beurtheilt. Wenn beide den Fall nicht berühren, so unterwirft sich bei Versicherungen für Seegefahr, welche sich auf Schiffe und Waaren beziehen können, die Gesellschaft in Hinsicht aller großen Havarie, so weit sie vor Preussischen Gerichten aufgemacht werden, den Preussischen Landesgesetzen, in allen übrigen Beziehungen aber der Hamburger Affekuranz und Havarie-Ordnung vom 10. September 1731., sowie den geschriebenen Usanzen und Gewohnheiten der Hamburger Börse, dergestalt jedoch, daß, wo sie zweifelhaft oder nicht ausreichend sind, die Vorschriften des Allg. L. R. Thl. II. Tit. 8. Abschnitt XII. und XIII. entscheiden.

§. 16.

Die Prämie muß bei Schließung der Affekuranz bezahlt werden, und ehe sie nicht bezahlt ist, tritt der Versicherungsvertrag nicht ins Leben. Werden die Prämien in einzelnen Fällen kreditirt, so ist dies Sache der Vereinigung zwischen der Direktion und dem Versicherten.

§. 17.

Hat die Gesellschaft von einem insolvent gewordenen Versicherten Prämien für laufenden Risiko zu fordern, so ist dieser Risiko stillschweigend aufgekündigt und erhält nur dann seine Gültigkeit wieder, wenn die Kuratoren der Masse die Prämie sogleich vergüten.

B. Versicherungen gegen Stromgefahr.

§. 18.

Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen für alle Waaren ohne Unterschied, mit Ausnahme der Waaren, deren Ein-, Aus- oder Durchfuhr verboten ist. Ob und in wiefern auf

Schießpulver, Schwefel, Schwefelsäure, Theer, Heu, Stroh, Terpentin, Terpentinöl, Vitriolöl, Zündhölzer und chemische Feuerzeuge, Versicherungen angenommen werden können, hat die Direktion in jedem einzelnen Falle zu bestimmen.

Sind zur Ein-, Aus- und Durchfuhr verbotene Waaren bei der Gesellschaft versichert, ohne daß die Eigenschaft derselben bekannt war, so verliert der Versicherte sein Recht auf Ersatz des Schadens und der Fiskus tritt an seine Stelle.

§. 19.

Aller Schaden, der überhaupt Gegenstand des Ersatzes bei der Versicherung gegen Stromgefahr sein kann, wird nach den folgenden speziellen Bestimmungen

mungen im Anhange, in soweit die Polize nichts Entgegenstehendes enthält, festgestellt.

§. 20.

Die Zahlung der versicherten Summe geschieht bei totalen Schäden einen Monat nach erfolgtem Nachweise des Schadens, bei nicht totalen Schäden 14 Tage nach erfolgter Regulirung des Schadens hier in Stettin, und zwar gegen Uebergabe der mit einer Quittung ohne Vorbehalt versehenen Police, oder des Frachtbriefes, oder des Ladescheins, auf welchem die Versicherung bemerkt ist.

§. 21.

Nach Perfektion des Versicherungsvertrages geht die Verbindlichkeit der Gesellschaft von dem Zeitpunkte an, wo die Waare vom Lande abgeht, um an Bord des zum Transport bestimmten Fahrzeuges gebracht zu werden.

Die Verbindlichkeit der Gesellschaft hört dagegen auf

- 1) während der Reise, wenn eine freiwillige, nicht nothwendige Ausladung der Waare eintritt (confr. §. 19);
- 2) nach beendigter Reise, wenn die Waare das Land berührt, oder nach Ankunft am Bestimmungsorte innerhalb spätestens 14 Tage nicht ausgeladen ist.

C. Versicherungen gegen Feuergefähr.

§. 22.

Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen gegen Feuergefähr auf alle bewegliche und unbewegliche Gegenstände, welche durch Feuer zerstört oder beschädigt werden können, mit Ausnahme von baarem Gelde, Edelsteinen und Dokumenten aller Art. Ueber etwanige andere Ausnahmen soll in der nächsten Generalversammlung Vortrag gehalten und beschlossen und dieser Beschluß dem Direktorio zur Richtschnur anheim gegeben werden.

§. 23.

Diese Uebernahme der Gefahr Seitens der Gesellschaft erstreckt sich nicht allein auf das Verbrennen der versicherten Gegenstände, sondern auch auf das Zerstören und Verderben derselben bei Gelegenheit des Löschens, auf die Entwendung bei dem Ausräumen oder Bergen und auf die zweckmäßig verwandten Rettungskosten.

§. 24.

Dagegen haftet die Gesellschaft nicht für diejenigen Feuerchäden, die durch Kriegsbereignisse, Volksauflauf, militairische Gewalt und Erdbeben, durch Bosheit oder grobes Versehen des Versicherten entstanden oder dadurch herbeigeführt sind, daß der Versicherte gegen den Rath des Agenten der Gesellschaft oder der Polizeibehörde voreilig ausräumte.

§. 25.

Die Versicherung darf nur den Schadenersatz, nicht eine Bereicherung des Versicherten bezwecken. Es soll daher sowohl jedes Immoblie, als jeder

Gegenstand des Mobiliarvermögens nur nach dem gemeinen Werth zur Zeit der Versicherungsnahme versichert werden. Kunst- und solche Sachen, denen ein gemeiner Werth nicht wohl beizulegen ist, sind in der Police speziell mit Angabe der Versicherungssumme aufzuführen.

§. 26.

Der Versicherte ist bei Verlust seines Rechts verpflichtet, von dem durch Brand, durch Rettung oder Entwendung verursachten Schaden dem Agenten der Gesellschaft, wenn ein solcher am Orte ist, innerhalb 24 Stunden nach dem Brande, sonst der Direktion mit nächster Post Anzeige zu machen, binnen 8 Tagen den ungefähren Betrag des Schadens aufzugeben und binnen 4 Wochen die Schadenrechnung, mit den nöthigen Beweisen versehen, der Direktion oder dem Agenten einzureichen.

§. 27.

Die Schadenrechnung darf nicht höher gestellt werden, als nach dem Werthe, welchen die versicherten Gegenstände am Tage des Brandes an dem Orte, wo sie sich befanden, hatten. Der höchste Ersatz jedoch, den ein Versicherter fordern kann, bleibt der betreffende Theil der Versicherungssumme. Wenn die bei einem Brande vorhandenen Versicherungsgegenstände den Betrag der Versicherungssumme übersteigen, so wird der Eigner für den Mehrbetrag als Selbstversicherer angesehen und trägt den Schaden pro rata, sowie daraus zugleich hervorgeht, daß er für solchen Fall einen verhältnißmäßigen Antheil am Geretteten hat.

§. 28.

Die Versicherung verliert ihre Gültigkeit, wenn irgend ein nach den Klassifikationen der Gesellschaft, wie solche in den gedruckten Bedingungen bekannt gemacht worden sind, auf größere Feuergefährdung einwirkender Umstand in dem Antrage verschwiegen oder unrichtig angegeben ist, oder der Versicherte sich irgend einer Täuschung zum Nachtheil der Gesellschaft bedient, und ist dann die gezahlte Prämie verfallen.

§. 29.

Sind Hypotheken auf die verbrannten oder beschädigten Gebäude eingetragen, so bezahlt die Gesellschaft den festgestellten Schaden nur Behufs Wiederherstellung jener Gebäude, in sofern die eingetragenen Hypothekgläubiger nicht in die unbedingte Auszahlung willigen.

Wenn bei einer Gebäudeversicherung der Entschädigungs-Anspruch des Versicherten durch dessen Schuld verloren geht, so verzichtet die Gesellschaft auf diesen Einwand, eingetragenen Hypothekgläubigern gegenüber, gegen die förmliche Uebertragung deren bezüglichen Rechte an die Gesellschaft. Liegt der Betrag der Hypothekenforderung nur theilweise innerhalb der Versicherungssumme, so darf der betreffende Gläubiger auch nur den bezüglichen Theil seiner Forderung mit dem Vorzugsrecht vor dem Ueberrest abtreten.

§. 30.

§. 30.

Die speziellen Bestimmungen sind in dem Anhange aufgeführt. Diese sind maassgebend, wenn in der Polize nichts dem Entgegenstehendes ausgesprochen ist.

§. 31.

Wenn vor oder bei Abschließung einer Versicherung die Aufgabe im Versicherungsvertrage falsch gemacht, oder dabei, sowie bei deren Prolongation etwas verschwiegen ist, was einwirkend auf Beurtheilung des Risikos nach dem Gutachten Sachverständiger hätte angesehen werden können, wenn namentlich auf einen oder auf sämtliche versicherte Gegenstände bei einer andern Anstalt Versicherung genommen ist, oder genommen wird, ohne daß der Direktion davon Anzeige gemacht ist, so ist die Polize ungültig und die bezahlte Prämie verfallen. Es muß sogar die Versicherungssumme, wenn sie gezahlt ist, von dem Versicherten zurückgezahlt werden, wenn die Unrichtigkeit seiner Angaben oder das Verschweigen erheblicher Thatsachen erst später ermittelt ist.

§. 32.

Tritt bei den versicherten Gegenständen ein Wechsel der Eigenthümer ein, oder werden die versicherten Gegenstände an einen andern, als den in der Polize bemerkten Ort gebracht, oder werden Veränderungen an den versicherten Gegenständen oder den Gebäuden, worin dieselben befindlich, vorgenommen, oder neue Anlagen mit denselben verbunden, so daß solches nach dem Gutachten von Sachverständigen als das Risiko vermehrend, angesehen werden kann; werden Gewerbe, die in dem Versicherungsvertrage nicht bezeichnet sind, in oder an dem versicherten Lokale oder in oder an demjenigen, welches versicherte Gegenstände enthält, sei es für kurze oder längere Zeit, errichtet oder betrieben, oder werden feuergefährlichere Gegenstände, als die ursprünglich versicherten, darin geschäftlich niedergelegt; überhaupt wenn irgend etwas eintritt, was die Angabe im Versicherungsvertrage ändert, so ist unverzüglich der Direktion der Gesellschaft oder der betreffenden Agentur hiervon schriftliche und portofreie Anzeige zu machen, bei Verlust der Gültigkeit der Polize und der bezahlten Prämie.

Feuergefährlich sind unter Andern:

Branntwein bis zu 60 Prozent Tralles, ungedroschene Feldfrüchte, Flachs, Hanf, Harze, Heu, Stroh, Holzkohlen, Del, Rauhfarden, Speck, Theer und Thran. Höchst feuergefährlich sind unter Andern: Firniß, Salpeter, Schwefel Spiritus, Branntwein über 60 Prozent Tralles, Terpentin, Schießpulver, Terpentinöl und ätherische Oele.

Bei den in diesem §. prospezirten Fällen hängt es von dem Ermessen der Direktion ab, ob die Versicherung bei dem veränderten Risiko fortbestehen oder ganz aufhören solle, imgleichen ob und welcher Nachschuß auf die Prämie im ersteren Falle von dem Versicherten zu leisten sei.

Die bewilligte Veränderung muß auf der Polize oder dem Prolongationscheine bemerkt werden, sonst treten solche außer Kraft. Wird die Versicherung aufgehoben, so wird der betreffende Prämienbetrag für die noch lau-

fende Zeit der Versicherung erstattet. Ein Schade, welcher sich vor Abschluß einer solchen Versicherungsveränderung ereignet, wird nicht vergütet.

§. 33.

Die Versicherungen bei der Gesellschaft können auf beliebige Zeit nicht länger jedoch als auf 7 Jahre geschehen. Bei Versicherungen unter einjähriger Dauer sind die Prämien verhältnißmäßig höher, bei den auf mehrere Jahre niedriger.

D. Allgemeine Bestimmungen.

§. 34.

Bei Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft und den Versicherten tritt das in der Allg. Gerichtsordnung Thl. I. Tit. 2. §§. 167. seq. Tit. 30. §§. 50—56. vorgeschriebene schiedsrichterliche Verfahren mit folgenden Maaßgaben ein.

Die beiden Schiedsrichter werden von dem Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft gewählt. Können sich die Schiedsrichter über ihren Ausspruch nicht einigen, so wählen sie einen Obmann. Findet auch über die Wahl des Obmannes keine Vereinigung Statt, so ernennt denselben das Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft.

Von dieser schiedsrichterlichen Entscheidung findet alsdann noch die Berufung an das hiesige königliche See- und Handelsgericht im vorschriftsmäßigen Rechtsgange Statt.

Zu Schiedsrichtern und Obmännern wählbar sind nur unpartheiische in Stettin wohnhafte Männer.

Den Entscheidungen werden zunächst die Bestimmungen des Statuts zum Grunde gelegt.

Enthalten diese über den streitigen Fall nichts, oder sind sie nicht ausreichend, so wird in See-Affekuranzstreitigkeiten vorzugsweise auf die Hamburger Affekuranz- und Havarieordnung vom 10. September 1731., sowie auf die geschriebenen Usanzen und Gewohnheiten der Hamburger Börse, und dann erst, wenn diese nicht ausreichen oder nicht klar sind, auf die Vorschriften des Landrechts rekurrirt. Bei Strom- und Feuer-Affekuranzstreitigkeiten kommen dagegen die Preussischen Gesetze nach dem Statute vorzugsweise zur Anwendung.

§. 35.

Die Gesellschaft hat das Recht, jede ihr angetragene Versicherung, ohne Angabe der Gründe, zurückzuweisen.

D r i t t e r A b s c h n i t t.

Von der Verwaltung und Geschäftsführung der Gesellschaft.

§. 36.

Die Angelegenheiten der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft werden durch zwei Direktoren unter Kontrolle eines aus fünf Mitgliedern bestehenden

stehenden Verwaltungsraths, welchem letztern für den Fall des Ausscheidens oder der Behinderung drei Stellvertreter beigegeben sind, verwaltet.

A. V o m D i r e k t o r i o.

§. 37.

Das Direktorium besteht aus zwei Direktoren, dem Bevollmächtigten, ersten Direktor, und dem zweiten Direktor.

Beide Direktoren sind die eigentlich verwaltende Behörde und vertreten die Gesellschaft in allen Fällen, wo nicht dem Verwaltungsrath eine bestimmte Wirksamkeit angewiesen ist.

§. 38.

Der ganze Geschäftsbetrieb wird büreaumäßig geleitet. Ueber eine jede einzelne Branche der See-, Strom- und Feuerversicherung müssen besondere Bücher geführt, einer jeden auch ein besonderes Konto auf dem Hauptbuch angewiesen werden.

Die Direktoren sind sich in allen ihren Funktionen bei Abwesenheits- oder Verhinderungsfällen substituirt.

§. 39.

Ueber die Geschäftsverwaltung wird von dem Verwaltungsrath eine besondere Instruktion ausgearbeitet werden, von der das Direktorium unter keinen Umständen abweichen darf, und für deren Befolgung es verantwortlich ist.

§. 40.

Die Direktoren, welche jederzeit Aktionaire der Gesellschaft sein müssen, werden von der Gesellschaft, nach den deshalb von dem Verwaltungsrath zu machenden Vorschlägen, auf bestimmte Jahre, welche jedoch den Zeitraum von 10 Jahren nicht überschreiten dürfen und mit dem Vorbehalt ernannt, daß ihnen auch während der Dauer des mit ihnen geschlossenen Kontrakts gekündigt werden kann, wenn sie den Erwartungen der Gesellschaft nicht entsprechen, und die Mehrheit der Stimmen einer Generalversammlung für die Entlassung sentirt. Kein Direktor darf weder für sich noch durch Andere kaufmännische Geschäfte treiben, noch andere Aemter übernehmen.

Die Legitimation der Direktoren wird auf gleiche Weise, wie (nach §. 54.) die des Verwaltungsraths durch Ausfertigung des notariellen Protokolles über ihre Ernennung geführt.

§. 41.

Das Gehalt der Direktoren und der andern Offizianten bestimmt der Verwaltungsrath. Ueber die Anstellung und Entlassung der Letzteren, sowie auch über die Anstellung von Agenten auf auswärtigen Handlungsplätzen und über deren Remuneration, entscheidet zwar ebenfalls der Verwaltungsrath, er

wird jedoch bei der desfalligen Berathung das Direktorium mit gleicher Stimmenberechtigung zuziehen.

Die Errichtung von Agenturen an auswärtigen Plätzen wird für zweckmäßig erachtet. In welchen Plätzen Agenturen zu errichten, hängt von der Bestimmung des Verwaltungsraths ab.

§. 42.

Die Art und Weise, wie die Polizen gezeichnet werden sollen, bleibt der Instruktion vorbehalten.

§. 43.

Die Benutzung der vorhandenen Gelder erfolgt nach dem Ermessen des Verwaltungsraths durch Anleihen auf städtische Grundstücke innerhalb der Hälfte, auf ländliche Grundstücke innerhalb $\frac{2}{3}$ ihres Werths, auf dergleichen hypothekarische Obligationen, auf Staats- oder andere fundirte Papiere, auf Waaren nach den Grundsätzen der Königlichen Bank, auf Getraide bis zum halben Werth, durch Diskontiren von guten Wechselfn und ausnahmsweise durch den Ankauf von Preussischen Staats- und anderen guten Papieren.

B. Vom Verwaltungsrath.

§. 44.

Der Verwaltungsrath ist die unmittelbar vorgesezte Behörde des Direktorii, und seinen Anordnungen muß das Direktorium unbedingt Folge leisten. Der Verwaltungsrath versammelt sich regelmäßig alle Monat wenigstens einmal; außerordentliche Sesssionen werden von dem Vorsitzenden des Verwaltungsraths ausgeschrieben. Diesen Versammlungen wohnt das Direktorium bei, hat aber nur eine beratende Stimme.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes und sein Stellvertreter werden von dem Verwaltungsrath selbst gewählt. Der Verwaltungsrath wird von der Generalversammlung nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Sind die Stimmen gleich, so geht der vor, der die meisten Aktien besitzt, bei Gleichheit der Aktien entscheidet das Loos. Wählbar sind nur Aktionaire, die in Stettin wohnen.

Kein Aktionair ist gezwungen, die auf ihn zum Verwaltungsrath gefallene Wahl anzunehmen. Die Erklärung über die Annahme der Wahl erfolgt von Gegenwärtigen in der Generalversammlung sofort, von Abwesenden binnen drei Tagen nach der Bekanntmachung. Wer sich gar nicht erklärt, von dem wird angenommen, er lehne die Wahl ab.

Der Verwaltungsrath ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Die Stellvertreter können zu den Sesssionen des Verwaltungsraths zugezogen werden, haben aber kein Stimmrecht, es sei denn, daß sie an die Stelle eines Verwaltungsraths treten. Erst, wenn der Verwaltungsrath aus weniger Mitgliedern besteht, treten die Stellvertreter ein und werden zu den Berathungen zugezogen. Den Vorsitz im Verwaltungsrath muß jedesmal ein Verwaltungsrath führen. In den Sesssionen des Verwaltungsraths

Raths führt der Vorsitzende das Protokoll, welches von sämtlichen anwesenden Verwaltungsräthen unterschrieben werden muß. Diese Protokolle werden im Archive der Gesellschaft aufbewahrt und geben vollen Beweis für und gegen den Verwaltungsrath.

§. 45.

Der Verwaltungsrath wählt monatlich aus seiner Mitte alternirend zwei Mitglieder, welche als fungirende Räte der Direktion zur Seite stehen und sie in Krankheits- und sonstigen Behinderungsfällen vertreten. Diese fungirenden Verwaltungsräthe nehmen Kenntniß von dem laufenden Geschäft, ~~und~~ dirigiren die Kasse und das Portefeuille monatlich wenigstens einmal und nehmen darüber ein Protokoll auf, in welches der Bestand der Kasse und des Portefeuilles genau aufgenommen werden muß.

§. 46.

Der Verwaltungsrath, welcher die Leitung und Behandlung des ganzen Geschäfts Seitens der Direktion fortwährend im Auge behält und insbesondere verpflichtet ist, darauf zu wachen, daß bei den Versicherungen das Maximum nicht überschritten werde, veranlaßt jährlich mindestens eine außerordentliche Revision der Kasse und die des Tresors, über deren Befund ebenfalls ein Protokoll aufgenommen werden muß.

§. 47.

Die Aktien werden vom Verwaltungsrath ausgefertigt und ausgegeben.

§. 48.

Die ersten Verwaltungsräthe werden auf drei Jahre gewählt. Nach Ablauf der drei ersten Jahre scheidet jährlich einer nach der Bestimmung des Looses aus. Der Ausgeschiedene ist wieder wählbar.

Scheidet im Laufe der drei ersten Jahre oder auch später in der Mitte eines Jahres ein Verwaltungsrath aus, so rückt der Stellvertreter, der die meisten Stimmen hatte, ein. Sind die sämtlichen Stellvertreter an die Stelle ausgeschiedener Verwaltungsräthe eingerückt, so wird Behufs der Wahl der neuen Stellvertreter eine außerordentliche Generalversammlung zusammenberufen.

§. 49.

Jedes Mitglied des Verwaltungsraths erhält in dem ersten Jahre eine fixe Remuneration von 300 Rthlr. und hat das Jahr mit dem 1. Juni 1843. begonnen. In den späteren Jahren erhält jeder der Verwaltungsräthe 1 Prozent von dem reinen Gewinn aller drei Versicherungsbranchen zusammengerechnet, nach Abzug aller Schäden, Zinsen und Verwaltungskosten. Dieses 1 Prozent darf jedoch die Summe von 300 Rthlr. für jeden Einzelnen nicht überschreiten. Die Zahlung des dem Verwaltungsrath ausgesetzten Honorars erfolgt mit Ablauf jedes Rechnungsjahrs der Kompagnie. Der ausscheidende Verwaltungsrath oder die Erben eines etwa verstorbenen Verwaltungsraths erhalten ihren Antheil pro rata der Zeit, während welcher die Funktion gedauert hat.

§. 50.

Das Amt eines Verwaltungsraths hört auf mit dem Tode, mit seiner Insolvenz, oder wenn er wegen eines ehrlosen Verbrechens mit einer Kriminalstrafe belegt worden ist.

Legt ein Verwaltungsrath sein Amt freiwillig nieder, so muß er seine Absicht den übrigen Mitgliedern des Verwaltungsraths mit dreimonatlicher Frist zu erkennen geben. Ein Verwaltungsrath muß sein Amt während der Dauer desselben niederlegen, wenn zwei Drittel der in einer Generalversammlung anwesenden Aktionaire dafür stimmen.

C. Von den Generalversammlungen.

§. 51.

Das gewöhnliche Kalenderjahr ist das Rechnungsjahr der Gesellschaft. Die ordentliche, jedes Jahr wiederkehrende Generalversammlung wird in der letzten Hälfte des Monats April anberaumt und durch mehrmalige vier Wochen vorher inserirte, Ankündigung in den hiesigen Zeitungen und Intelligenzblättern, in den Börsennachrichten der Ostsee und der Preussischen allgemeinen Zeitung, so lange diese bestehen, bekannt gemacht. Dem Verwaltungsrath bleiben etwa nige andere Bekanntmachungen überlassen. Die Aktionaire erkennen diese Art der Bekanntmachung als eine rechtsverbindliche insinuirte und schriftliche an.

In diesen ordentlichen Generalversammlungen berichtet der Verwaltungsrath über die Lage des Geschäfts, legt den gedruckten, 14 Tage vorher jedem Aktionair auf Verlangen mitzutheilenden Abschluß vor, und bringt diejenigen Gegenstände zum Vortrage, die er dazu geeignet findet. Den Aktionairen steht das Recht zu, in der Generalversammlung selbst Gegenstände zum Vortrage zu bringen, der Verwaltungsrath ist aber befugt, jeden Antrag zu der nächsten Generalversammlung zu verweisen, der nicht mindestens 8 Tage vor der Generalversammlung schriftlich eingereicht ist.

In diesen ordentlichen Generalversammlungen werden ferner die Revisoren gewählt, welche für das laufende Jahr am Schluß desselben die Bücher, Rechnungen, Beläge, die Kasse und den Tresor zu prüfen haben. Diese Revisoren berichten darüber der nächsten ordentlichen Generalversammlung des folgenden Jahres, worauf diese die Decharge ertheilt, falls gegen die Geschäftsführung des Verwaltungsraths nichts zu erinnern ist. Sobald der Verwaltungsrath auf diese Weise dechargirt ist, so ist er gegen alle ferneren Ansprüche, die an ihn aus der Periode, für die er dechargirt worden, gemacht werden möchten, gesichert.

Die Direktion ist schuldig, die zur Uebersicht der Vermögenslage erforderlichen Bücher zu führen, auch in den ersten drei Monaten eines jeden Geschäftsjahres eine Bilanz des Gesellschaftsvermögens zu ziehen und in ein dazu bestimmtes Buch einzutragen. Die Bilanz ist der Königlichen Regierung hieselbst mitzutheilen.

§. 52.

Die Aktionaire als solche haben keinen andern Antheil an der Verwaltung

tung des Vermögens der Gesellschaft, als den, der ihnen in diesem Statut zugewiesen ist. Auch können sie keine andere Rechnungslegung fordern, als das Statut §. 51. dem Verwaltungsrath zur Pflicht macht.

§. 53.

Außerordentliche Generalversammlungen können angesetzt werden, entweder nach den Beschlüssen des Verwaltungsraths oder auf den schriftlichen Antrag von Aktionären, die im Besitz von mindestens 100 Stimmen sind.

Zur Anberaumung einer außerordentlichen Generalversammlung ist der Verwaltungsrath verpflichtet, sobald nach Maaßgabe des §. 10. neue Einschüsse gefordert werden.

Die Zusammenberufung der außerordentlichen Generalversammlungen erfolgt auf dieselbe Weise, wie bei den ordentlichen vorgeschrieben ist, unter Bekanntmachung des Zwecks der Versammlung. Dem Antrage der Aktionäre auf Konvokation zu einer außerordentlichen Generalversammlung muß der Verwaltungsrath spätestens innerhalb 4 Wochen nach eingegangenem Antrage nachkommen.

§. 54.

Ein dazu von dem Verwaltungsrath berufener Notar führt in den ordentlichen sowohl als den außerordentlichen Generalversammlungen das Protokoll. Diese Protokolle, welche zum Beweise dessen dienen, was in den Versammlungen geschehen ist, und wodurch namentlich auch die Legitimation des Verwaltungsraths geführt wird, bleiben in dem Archive der Gesellschaft aufbewahrt.

§. 55.

Den Vorsitz in den Generalversammlungen führt der Vorsitzende des Verwaltungsraths oder sein Stellvertreter. Er leitet das Skrutinium, ertheilt das Wort und bestimmt die Folge der zum Vortrag kommenden Gegenstände. Bestimmt wird nach Stimmzetteln.

Wer 1 bis 10 Aktien besitzt, hat 1 Stimme.
= 11 = 20 = = = 2 Stimmen.
= 21 = 30 = = = 3 =
= 31 = 40 = = = 4 =
= 41 = 50 = und darüber besitzt, hat 5 =

Kein Aktionair darf mehr als 60 Aktien besitzen.

Die Vertretung ist nur durch Aktionäre zulässig, und muß der Bevollmächtigte sich durch schriftliche, dem Verwaltungsrath einzureichende Vollmacht legitimiren. Kein Aktionair kann, wenn er als Bevollmächtigter auftritt, einschließlich seiner eigenen, mehr als 15 Stimmen repräsentiren. Damit eine Generalversammlung beschlußfähig sei, müssen wenigstens 100 Stimmen darin vertreten werden.

§. 56.

Frauen, bevormundete und moralische Personen, Korporationen, öffentliche Institute, können in den Generalversammlungen nur durch ihre Disponenten

nenten oder Vertreter repräsentirt werden, wenn die letztern auch nicht Aktionaire sind.

§. 57.

Wer in den Generalversammlungen nicht erscheint, hat sich den Beschlüssen derselben zu unterwerfen.

§. 58.

Eine Abänderung dieser Statuten kann nur durch Beschluß einer Generalversammlung, wenn die projektirte Abänderung bei der Berufung der Gesellschaft angezeigt ist, und wenn $\frac{2}{3}$ der anwesenden oder vertretenen Stimmen für die Abänderung stimmen und unter allen Umständen nur mit Genehmigung des Staats veranlaßt werden.

A n h a n g.

A. Betreffend die Versicherung gegen Seegefahr.

§. 1.

Die Taxe in der Polize gilt nur im Fall eines totalen Schadens oder wenn das versicherte Objekt für Rechnung des Asskuradeurs anderswo, als am Bestimmungsort verkauft werden muß. In allen andern Fällen wird die partikuläre Havarie an Waaren nach Börsenpreis und am Risiko nach der beeidigten Taxation am Bestimmungsort regulirt.

Fällt die Taxe höher aus, als die versicherte Summe, so wird der Schade nach dem Verhältniß zur versicherten Summe vergütet. Ist z. B. das Risiko eines Schiffes zu 6000 Thaler versichert, die Taxe giebt aber einen Werth von 9000 Thaler, so werden auf den sich auf 50 Prozent belaufenden partikulären Schaden von dem ermittelten Werth nur $33\frac{1}{3}$ Prozent vergütet. Ist eine Versicherung nur gegen totalen Verlust geschlossen, so wird diese Klausel so verstanden, daß die versicherten Objekte nach Inhalt der Polize und ohne Rücksicht der verschiedenen Gattungen sämmtlich und ganz verloren sein müssen, wenn die Gesellschaft den Schaden zu bezahlen verpflichtet sein soll. Bei Schiffen gilt es dem Totalverlust gleich, wenn das Schiff bei einer Strandung von gerichtlich vereidigten Sachverständigen für Wrack erklärt wird und nicht wieder abgebracht werden kann. Bei Untersuchung des Zustandes und der Lage des Schiffes ist die Zuziehung eines Agenten oder Deputirten der National-Versicherungsgesellschaft, wenn solche in der Nähe sind, unerläßlich.

§. 2.

Wenn ein Schiff nicht gestossen hat, so bezahlt die Gesellschaft für Asskuranzen auf das Risiko nur die Hälfte der partikulären Havarie.

§. 3.

Wenn bei einer Asskuranz auf das Risiko des Schiffes die Anzeige unterlassen ist, daß das Schiff von Föhrenholz sei oder eine gefährliche Ladung führe,

führe, sowie auch, wenn es verschwiegen ist, daß es mit Ballast fahre oder nur Salz geladen habe, so bezahlt die Gesellschaft nur die Hälfte von dem, was sie sonst bezahlen müßte.

§. 4.

Havarieen an rohem Zucker in Fässern oder Kisten werden nur dann von der Gesellschaft bezahlt, wenn am Bruttogewicht des Zuckers, am weißen mehr als 3 Prozent und am braunen mehr als 5 Prozent fehlen. Der Versicherte muß in diesem Falle die Originalfaktura der Gesellschaft vorlegen, und die Zucker durch ihre Bevollmächtigten, wenn solche vorhanden sind, oder durch amtliche Autoritäten, wiegen lassen. Die Reduktion des Gewichts wird nach bestehender Usage bestimmt.

§. 5.

Bei flüssigen Waaren ersetzt die Gesellschaft nur dann das Geleckte, wenn das Schiff gestossen hat, und bezahlt sie auch in diesem Falle bei Flüssigkeiten in Fässern ohne eiserne Reifen nicht die ersten 10, und in Fässern mit eisernen Reifen nicht die ersten 5 Prozent. Beträgt der Schaden mehr als resp. 10 und 5 Prozent, so ersetzt die Gesellschaft den ganzen Schaden ohne Abzug.

§. 6.

Die Klausel:

frei von 3 Prozent Havarie oder Beschädigung,
welche sich allenthalben von selbst versteht, wenn nicht eine andere Bedingung in der Polize ausgedrückt ist, wie auch die Klausel:

frei von 10 Prozent Havarie oder Beschädigung,
erklärt die Gesellschaft hierdurch so, daß die wirkliche Beschädigung an der Waare in jenem Falle $\frac{3}{100}$, und in diesem Falle $\frac{1}{10}$ vom Werthe der unbeschädigten Waare von der Tare der Polize oder, wenn die Polize keine Tare enthält, von dem Betrage der Faktura mit der Prämie betragen müßte, um von ihr ersetzt zu werden. Sie erstattet dem Versicherten aber auch dann, wenn die Beschädigung nicht so groß ist, alle außerordentlichen, zur Rettung oder Erhaltung der Waare aufgewandten Kosten, die nicht als Havarie grosse anzusehen sind.

§. 7.

Auf imaginären Gewinn bezahlt die Gesellschaft so viele Prozente, als sie für die Beschädigung des versicherten Objekts bezahlt, aber keine Havarie grosse.

Wenn der Gegenstand des imaginären Gewinnes aus dem Grunde, weil das Schiff zur Vollendung der Reise unfähig geworden, den Bestimmungs-ort nicht erreichen kann, so bezahlt sie den imaginären Gewinn als totalen Schaden. In diesem Falle steht es ihr aber frei, sich das versicherte Objekt abandonniren zu lassen. Wenn der imaginaire Gewinn nicht prozentweise oder nicht auf eine bestimmte Summe angegeben ist, so werden 10 Prozent dafür angenommen und berechnet.

§. 8.

Die Gesellschaft bezahlt alle totalen Schäden mit 100 Prozent und alle Havarie ohne Abzug, sobald sie hinlänglich bewiesen sind. Der Versicherte aber ist verbunden, sobald er Nachricht von einer Havarie erhält, die Havarie-gelder wegen einer vor der Ankunft an den Bestimmungsort gemachten Havarie versichern zu lassen, wenn die Gesellschaft nicht selbst die Gefahr übernehmen will. Wird dieses unterlassen, so ist die Gesellschaft, wenn das Schiff den Bestimmungsort nicht erreicht, zu keinem Ersatz, dieser Havarie wegen, verbunden. Auch wird sie, wenn der Schaden notorisch ist, billigen Einschuß gegen Quittung nicht verweigern.

Die hier in Stettin aufgemachten Havarie grosse Dispachen müssen der Gesellschaft rechtzeitig, d. h. vor dem zur Anerkennung derselben angesetzten Termin, zur Erklärung und Genehmigung vorgelegt werden.

§. 9.

Wenn ein Schiff von dem Tage an gerechnet, da es in See gegangen, vier Monat über die gewöhnliche Zeit ausbleibt und keine weitere Nachricht davon gekommen ist, so bezahlt die Gesellschaft zwei Monat nach der ihr deswegen gemachten Anzeige gegen Abandon das versicherte Kapital mit 100 Prozent. Die gewöhnliche Zeit, in welcher die Nachricht hier sein muß, wird folgendermaßen bestimmt:

Innerhalb Europa und nach und von dem nördlichen Afrika, 6 Monate,
nach und von dem nördlichen Amerika und Westindien, 9 Monate,

nach und von den Spanischen und Portugiesischen Besitzungen in
Amerika bis zur Magellanischen Meerenge und der westlichen Küste von
Afrika, 1 Jahr, nach und von Ostindien bis an die Straße Sunda,
1½ Jahr,

nach und von der Straße Sunda, der östlichen Küste von Asien und
der westlichen Küste von Amerika, 2 Jahre.

Die Asssekuranz-Kompagnie ist befugt, bei allen Versicherungen außer Europa, nebst den jederzeit erforderlichen Beweisen des Verlustes, auch noch hinreichende Beweise über den wirklichen Abgang des Schiffs und der Ladung von dem Orte, von wo es versichert war, zu verlangen.

§. 10.

Wer den Auftrag zu einer Asssekuranz nicht von dem Orte erhält, von dem das Schiff abgeht, oder selbigen nicht mit der Post, sondern mit Eskafette oder sonst durch außerordentliche Gelegenheit erhalten hat, muß es vor Schließung der Asssekuranz und in der Police anzeigen, wenn sie anders gültig sein soll.

§. 11.

Alle nach Schließung der Asssekuranz geschehenen Anzeigen müssen, um die Gesellschaft zu verbinden, entweder unter der Police von dem dazu legitimten Vertreter der Gesellschaft unterschrieben sein, oder mit dessen Genehmigung

migung in ein dazu bestimmtes Buch auf dem Komtoir mit der Unterschrift des Anzeigers und Bemerkung des Tages der Anzeige eingetragen werden. In diesem Buche müssen auch alle Anzeigen von Havarien und Schäden notirt werden. Insbesondere muß der Versicherte anzeigen, wenn das Schiff noch nicht an dem Orte angekommen ist, wo der Risiko anfangen soll.

Wird diese Anzeige überhaupt nicht oder absichtlich unrichtig gemacht, so ist die Versicherung nichtig und die Prämie verfallen. Dem Versicherten muß auf Verlangen eine Abschrift dieser Anzeige ertheilt werden.

§. 12.

Die Bedingung

frei von Kriegsmolestation

ist zu verstehen, daß die Gesellschaft, wenn das Schiff gezwungen wird, in einen Hafen einzulaufen, für den Seerisiko einsteht, bis es in diesem Hafen Anker geworfen hat. Sie übernimmt auf den Fall, daß das Schiff freigegeben wird, auf Verlangen des Versicherten bei Fortsetzung der Reise, nachdem das Schiff die Anker zum Absegeln gelichtet, den ferneren Seerisiko bis zum Bestimmungsort, wenn auch das Schiff öfter aufgebracht wird, gegen jedesmalige Verbesserung der Prämie um die Hälfte. Diese Verbesserung der Prämie findet auch alsdann Statt, wenn vor gemachter Anzeige entweder, daß der Risiko beendet oder die Prämie wirklich verbessert ist, über ein solches Schiff etwas Entscheidendes vorgefallen, es sei, daß es angekommen oder daß es Schaden gelitten habe.

§. 13.

Die Bedingung

bloß gegen Seegefahr

ist zu verstehen, daß die Gesellschaft die Gefahren der See und Häfen bis zu Ende der bestimmten Reise übernimmt. Beide Bedingungen aber befreien die Gesellschaft von Konfiskations-, Reklam- und Anhaltungskosten und von dem durch Aufbringung bewirkten inneren Verderb des Schiffs und der Güter.

§. 14.

Havarie grosse bezahlt die Gesellschaft nur dann, wenn die Havarie in einem Preußischen Plaze, nach den Preußischen Gesetzen aufgemacht ist und, falls dies an einem fremden Plaze geschehen ist, nur dann, wenn das versicherte Objekt, für den richtigen Werth, nach Vorschrift des Tit. XXI. Art. 8. der Hamburger Affekuranzordnung wörtlich lautend:

Bei der Eintheilung der Havarie grosse muß

- a) das Schiff nach dem wahren Werthe in dem Stande, wie es aus der See kommt,
- b) das Gut nach der Einkaufsrechnung mit den beigefügten Unkosten bis an Bord des Schiffs, jedoch ohne die Prämie, und
- c) die Fracht nach Abzug der Volkssteuer, des Lootsgeldes und dessen, was sonst zur kleinen Havarie gehört, gerechnet werden,

dazu beigetragen hat, und solche dann ohne die Kosten der Dispache mindestens drei Prozent von der versicherten Summe beträgt.

Wenn eine irrige Angabe gemacht worden, so bezahlt die Gesellschaft nur so viel, als sie bei einer richtigen Angabe würde haben bezahlen müssen.

§. 15.

Jede partikulaire Havarie kann, wenn die Gesellschaft nicht ausdrücklich in eine Ausnahme willigt, nur hier in Stettin regulirt und aufgemacht werden. Die Dispache wird mit Zugrundelegung der Hamburger Asssekuranzgesetze und der Usanzen der dortigen Börse aufgemacht und die Havarie particulaire bezahlt, wenn sie mindestens 3 Prozent von der Tare des versicherten Objekts beträgt.

Der Abzug der Hälfte bei Havarie particulaire des Kasko, wenn dieselbe nicht durch Stoßen des Schiffs auf den Grund entstanden ist, wird bei Ermittlung der stipulirten 3 Prozent nicht berücksichtigt, wohl aber der Abzug von $\frac{1}{3}$ für Verbesserung. Unter dem $\frac{1}{3}$ für Verbesserung wird verstanden, daß bei der Bezahlung des Schadens $\frac{1}{3}$ des Werths aller neuen Anschaffungen an Kumpf und Geräthschaften abgezogen wird, wenn sie nicht an die Stelle erweislich neuer Gegenstände getreten sind.

Bei erweislich neuen Gegenständen wird das $\frac{1}{3}$ nicht abgezogen. Ist auf einen und denselben Gegenstand Havarie grosse und particulaire zu bezahlen, so muß jede für sich 3 Prozent betragen, wenn Entschädigung verlangt werden kann. In allen anderen Fällen wird die Höhe der Havarie particulaire in nachstehender Art ermittelt:

a) An Waaren und Effekten:

Diese werden in ihrem beschädigten Zustande bei Ankunft am Bestimmungsort nach dem unversteuerten Werth von vereideten Sachverständigen taxirt, und in dem Taxationsinstrument wird der kontante Marktpreis der Güter im gesunden Zustande attestirt. Dieses Dokument wird der Gesellschaft sofort vorgelegt und wird diese dann erklären, ob die beschädigten Güter verkauft werden sollen, oder ob sie dieselben nach der Tare bezahlen will. Im ersten Falle vergütet sie den Unterschied zwischen dem Erlös und dem Marktpreis, und im letzteren den Unterschied zwischen der Tare und dem Marktpreis.

b) Am Kasko.

Der partikulaire Schaden wird nach der Tare von vereideten Sachverständigen im Nothhafen oder am Bestimmungsort vergütet, der Versicherte muß aber die Rechnungen über die wirklich bewirkte Reparatur vorlegen. Die zu Taxatoren erwählten Sachverständigen dürfen die Arbeiten für das Schiff nicht übernehmen.

Die Gesellschaft vergütet keinen Schaden für gebrochene Anker, keine Splittage in Tauen, auch nicht das Brechen der Ankerketten, während das Schiff durch dieselben befestigt ist oder vor Anker liegt.

Wird ein Schiff als unfähig zur Fortsetzung seiner Reise kondemnirt, so muß die Unfähigkeit Folge der Zufälle und der Gewalt des Meeres oder der Elemente sein, die es auf der versicherten Reise erlitten, nicht aber von
Alter

Alter und Baufähigkeit herrühren. Ist letzteres der Fall, so vergütet die Kompagnie nur den wirklich erlittenen Seeschaden.

Bei den Besichtigungen und Taxationen im Nothhafen muß die Gesellschaft oder ihre Vertreter, wenn solche vorhanden sind, zugezogen werden, wenn die aufgenommenen Dokumente gültig sein sollen. Die Schäden am Rasko eines mit Ballast fahrenden Schiffes werden, wenn sie zur Havarie grosse gehören, nach Abzug von $\frac{1}{3}$ für Verbesserung zum vollen Betrage ersetzt, wenn das Schiff auch nicht gestossen hat.

Ist das Schiff mit Ballast, Pulver, ungelöschtem Kalk oder Salz beladen, und dies von dem Versicherten nicht angezeigt, so bezahlt die Kompagnie nur die Hälfte des ihr bei einer solchen Versicherung etwa zur Last fallenden Schadens.

Bei Versicherungen auf das Rasko eines nach Grönland, nach der Davisstraße oder nach der Südsee bestimmten Schiffes bezahlt die Kompagnie keine Schäden, die das Schiff im Eise und während der Zeit des Fanges leidet, gänzliches Verunglücken ausgenommen.

§. 16.

Bei Affekuranzen auf Schiffe, welche während des Krieges von Unterthanen einer im Kriege begriffenen Macht gekauft werden, so wie bei Versicherungen auf die Ladung derselben, muß, wenn die Affekuranz gültig sein soll, dieser Umstand sowohl, wenn das Rasko versichert ist, von dem Rheder, als auch, wenn Affekuranz auf Güter in solchen Schiffen genommen wird, von dem Einlader, vorausgesetzt jedoch, daß dieser solches erweislich gewußt habe, in der Polize angezeigt werden.

Bei Versicherungen auf erkaufte Prisenschiffe haben Rheder sowohl, als auch, wenn solches Schiff Ladung hat, die Einlader sich nach dem Tit. IV. Art. 2. der Hamburger Affekuranzordnung, wörtlich lautend:

Wer in Kriegszeiten eine Priße gekauft, so annoch auf keinem freien Strom gewesen und dafür versichern läßt, ist schuldig, diesen Umstand in der Polize kund zu machen, in Entstehung dessen die Versicherung von keiner Kraft und Würde gehalten wird, zu richten.

§. 17.

Bei der Klausel:

frei von Beschädigung außer im Strandungsfall
wird die Havarie grosse allemal von der Gesellschaft bezahlt, als Strandungsfall aber nur erkannt, wenn ein Schiff durch gewaltsame Umstände, nicht etwa durch einen durch Ebbe entstehenden oder sonstigen seichten Grund festzusetzen kommt, oder gestossen hat, sondern wirklich auf einen Strand versetzt wird, und dabei entweder gar nicht oder doch wenigstens bei einer stattfindenden Gefahr des Zertrümmerns nur mit vieler Mühe oder mittelst Entlöschung der Ladung durch fremde Hülfe wieder abgebracht werden kann, auch zur Fortsetzung der Reise nothwendig vorheriger Reparatur bedarf. Wenn ein solcher Strandungsfall eintritt, und die dadurch verursachte Beschädigung bei

den mit gedachter Klausel versicherten Waaren mehr als 3 oder 10 Prozent nach der im §. 6. des Anhangs erklärten Berechnungsart beträgt, so wird solche von der Gesellschaft ersetzt.

§. 18.

Nach Eingang glücklicher oder unglücklicher Nachrichten kann der Versicherte die in der Police vorbehaltene Tare nicht mehr bestimmen, sondern muß sich die Tare gefallen lassen, die die Gesellschaft für angemessen erachtet.

§. 19.

Die Gesellschaft bezahlt nur in dem Falle über die versicherte Summe, wenn der Mehrbetrag eine Folge ihrer Anordnungen in Schadensfällen ist, oder der Ertrag der Havarie grosse und der Havarie particulaire zusammen mehr als 100 Prozent beträgt.

§. 20.

Bodmereiprämie erstattet die Kompagnie weder auf Havarie grosse noch auf Havarie particulaire, wenn der Versicherte bei Kaskoversicherungen nicht vor Zeichnung des Bodmereibriefes zur Leistung des betreffenden Einschusses zu der Bodmerei aufgefordert hat. Bei Ladungsversicherungen ist die Gesellschaft aufzufordern, zu bestimmen, ob die Bodmereigelder negoziert werden sollen, oder ob sie den Einschuss leisten will.

Lehnt sie die Einschussleistung ab, so erstattet sie die Bodmereiprämie a rata des ihn treffenden Schadens, selbst in dem Falle, daß dem Versicherten die Bodmereizeichnung unbekannt geblieben.

Die Versicherten sind verpflichtet, sobald sie Nachricht von einem Schaden erhalten, solchen der Gesellschaft bei Verlust ihres Rechts schriftlich anzu-melden. Auch sind sie verpflichtet, die Vorschriften der Direktion in Betreff des zu beobachtenden weiteren Verfahrens genau zu befolgen, widrigenfalls sie den durch die Nichtbefolgung entstehenden erweislichen Schaden zu tragen haben. Die Seeproteste oder Berklarungen müssen der Gesellschaft oder deren Agenten jedenfalls vor der stattfindenden Taxation des Schadens vorgelegt werden.

§. 21.

Der Versicherte ist verbunden, die Vergütung des Schadens an den versicherten Gütern, der durch unzulängliche Garnirung oder nicht gehörige Stauung entstanden ist, von dem Schiffer oder aus dem Schiffe und den Fracht-geldern zu suchen und deshalb alle Mühe anzuwenden.

Nur wenn diese Versuche ganz oder zum Theil fehlschlagen, erstattet die Gesellschaft den Verlust.

§. 22.

Wenn ein Schiff in einem Hafen einfriert, wenn es wegen Eisgangs irgendwo einläuft, oder sich in einen Hafen einbringen läßt, ohne daß es vorher Schaden hatte, und ohne daß es daselbst reparirt wird, so fallen die entstehenden

den

den Kosten weder als Havarie grosse noch particulaire der Gesellschaft zur Last.

§. 23.

Wenn zu versichernde Waaren oder Güter auf dem Verdeck des Schiffes oder sonst außerhalb des Schiffesraumes oder der Kajüte transportirt werden, so ist solches bei der Versicherung anzuzeigen.

Die Gesellschaft leistet für mögliche Beschädigung derselben keinen Ersatz und bezahlt den Verlust nur, wenn das Schiff total verunglückt.

§. 24.

Die Seeverklärungen der Schiffer und der Schiffsmannschaft werden nur in denjenigen Punkten als gültige Beweismittel angesehen, die mit dem Schiffsjournal nicht im Widerspruch stehen, Nachverklärungen gelten nur insofern, als sie neuere, nach der ersten Verklärung sich zugetragene Thatsachen berühren.

§. 25.

Bei Versicherungen auf Fracht muß angefragt werden, ob solche ganz oder theilweise, Brutto oder Netto versichert wird, und ob solche nur für eine oder für mehrere Reisen zusammengerechnet ist. Soll die Fracht auf Salz oder andere dem Schmelzen unterworfenen, lose in das Schiff geladene Waaren gelten, so muß dies ausdrücklich gesagt und in allen Fällen bestimmt werden, ob die Fracht für das eingenommene oder für das abzuliefernde Maas oder Gewicht zu verstehen ist. Die Gesellschaft bezahlt bei eingetretenem Verlust nie mehr, als was der Versicherte von der versicherten Bruttofracht bei Ankunft des Schiffes am Bestimmungsorte nach Abzug des der Mannschaft für die versicherte Reise ersparten Monatsgeldes und der Ausrüstungskosten (wenn solche nicht etwa besonders versichert sind) und der Hafens-, Revier- und städtischen Kosten würde übrig behalten haben. Die Versicherten sind verpflichtet, der Gesellschaft auf Verlangen die betreffenden Zerteparthieen und das Manifest über die Ladung vorzulegen. Ist der Beweis über die Höhe der vorstehend bemerkten Kosten nicht zu führen, so werden von der versicherten Bruttofracht 25 Prozent abgezogen und der Ueberrest wird ohne Abzug dem Versicherten bezahlt.

§. 26.

Bei Versicherungen von Ausrüstungs- oder Ausrhedungsgeldern wird von der Gesellschaft nur dann ein Schaden ersetzt, wenn die Frachtgelder unversichert sind, oder nur für die Nettofracht Versicherung genommen ist. Sie bezahlt dafür eben so viel Prozente Schadensersatz, als die Rhederei Verlust an den Frachtgeldern erlitten hat.

§. 27.

Wenn die Kompagnie Gelder versichert, die einem Schiffer zum Gebrauch seines Schiffes und der Ladung wegen Havarie-Reklame oder zu sonstigen Zwecken vorgehoben sind, so bezahlt sie die gezeichneten Summen, oder soviel davon

zur Schadloshaltung des Versicherten nöthig ist, nur in dem Falle, wenn die Versicherer des Schiffes und der Ladung einen totalen Schaden zu bezahlen haben, mithin Schiff und Ladung, es sei durch Kondemnation oder Verunglückung gänzlich verloren gegangen und nichts davon gerettet ist. Wird aber beim Schiffbruche oder sonstigen Unglücksfällen von Schiff und Ladung etwas geborgen, so kommt der Ertrag des Geborgenen, es mag den Bestimmungsort erreichen oder nicht, bei einer solchen Versicherung auf Havarie, Reklame, oder zu sonstigen Zwecken für Schiff und Ladung aufgenommene Gelder, der Gesellschaft zu gut. Die Gesellschaft ist auch bei einer solchen Versicherung von allem Beitrage zur Havarie grosse frei.

Im Falle totalen Verlustes muß der Versicherte beweisen, daß er nur das vorgeschossene Kapital und die dafür bezahlte Affekuranzprämie nebst Prämie von der Prämie habe versichern lassen. Das Mehrversicherte wird restornirt.

§. 28.

Ein Bodmereibrief kann für Kapital, Interessen und Prämie zum Vollen versichert werden. Wer aber Versicherung auf Bodmerci sucht, muß, weil von mehreren Bodmereibriefen, so der Schiffer im Nothhafen gezeichnet hat, der jüngere vorgeht, anzeigen, ob seines Wissens auf derselben Reise mehr als ein Bodmereibrief gezeichnet ist. Sein etwaniges Stillschweigen gilt als Verneinung, und wenn sich später das Gegentheil ergibt und daraus ein Schaden entsteht, so vergütet denselben die Gesellschaft nicht. Eine Versicherung auf Bodmerci ist frei von aller Havarie.

§. 29.

Wenn in Kriegszeiten der Versicherte die Nation des Schiffes, in sofern sie ihm bekannt ist, bei der Versicherung nicht angiebt, so garantirt er stillschweigend, das Schiff sei neutral, und wenn es neutral ist, oder es während der Reise wird, so fällt der dadurch entstandene Schade oder Verlust der Gesellschaft nicht zur Last.

§. 30.

Wer von der Gesellschaft Schaden-Ersatz fordert, muß nachweisen, daß er Schaden gelitten, und daß er ein Interesse an den versicherten Gegenständen habe. Fehlt dieses Interesse, so ist die Versicherung ungültig.

Bei für fremde Rechnung besorgten Affekuranzten steht es der Gesellschaft frei, nur mit dem wirklichen Eigenthümer des versicherten Gegenstandes zu unterhandeln und demselben den etwanigen Schaden direkt zu vergüten.

§. 31.

Werden in Kriegszeiten fertig liegende Schiffe durch Embargo in der Abfahrt behindert, so vergütet die Gesellschaft für einen solchen Aufenthalt nichts.

§. 32.

Wenn der ursprüngliche Bestimmungsort eines Schiffes blokirt ist, oder nach geschlossenem Versicherungsvertrage blokirt wird, so wird derjenige Hafen,
nach

nach welchem das Schiff in Folge der Blokade entweder verwiesen wird, oder auch freiwillig segelt, als Bestimmungsort und nicht als Nothhafen angesehen, und es hört daselbst der von der Gesellschaft übernommene Risiko auf.

Die Gesellschaft erstattet mithin in solchem Falle auch nicht die Kosten des Transports der Güter nach dem ursprünglichen Bestimmungsorte.

In den Fällen der §§. 30. 31. und 32. wird die Prämie nicht zurück-erstattet.

B. Betreffend die Versicherungen gegen Stromgefahr.

§. 1.

Allen Schaden, den die versicherten Güter durch Sturm, Wind und Wetter, Ueberschwemmung, Schiffbruch, Strandung, Stoßen, Werfen, An- und Uebersegelung, Umsturz bei der Durchfahrt durch die Schleusen und Wehre, Eisgang und Treibeis, desgleichen durch Feuer auf der Fahrt erleiden, wird nach den folgenden Bestimmungen von der Gesellschaft ersetzt. Dagegen wird für Beschädigungen, die durch Raub, Diebstahl, Aufruhr, Tumult, Ueberfall, Plünderung und Konfiskation entstehen, oder durch fehlerhafte Verladung, schlechte Faßtage, Emballage, Anfressen und Benagen von Mäusen, Ratten und Ungeziefer, natürlichen Verderb aus innern Fehlern, und Mängel der Waaren und Güter, oder durch äußern Einfluß der Fäulniß, des Frostes und der Hitze veranlaßt sind, kein Ersatz gewährt. Ebenso findet gar kein Ersatz Statt, wenn

- a) die Waaren mit Wissen oder Willen des Versicherten einem anderen Schiffer als demjenigen übergeben sind, der den Ladeschein unterschrieben hat, oder in der Polize oder dem abgestempelten Frachtbrief angegeben ist, außer in dem Falle einer nicht zu vermeidenden Ableichtung oder Umladung;
- b) der Versicherte auf die affekurirten Gegenstände schon andere Affekuranz angenommen und dies verschwiegen hat;
- c) flüssige Waaren, deren Gefäße nicht gehörig und wo es gewöhnlich ist, nicht mit eisernen Reifen gebunden sind, leck werden und auslaufen.

§. 2.

Die Gesellschaft leistet keinen Ersatz, wenn der Schade nur 3 Prozent oder weniger von dem Werthe der versicherten Waare beträgt, sie leistet aber vollen Ersatz, inkl. der 3 Prozent, wenn der Schade sich auf mehr als 3 Prozent beläuft.

§. 3.

Der Beweis, daß die Beschädigung durch Unglücksfälle entstanden sei, muß da, wo sie sich ereignen, durch den Augenschein und eidliche Aussagen glaubwürdiger Zeugen erhoben werden. Die Kosten dieser Ausmittelung trägt die Gesellschaft, wenn sie überhaupt zum Ersatz des Schadens verpflichtet ist.

Der Versicherte muß, bei Verlust seines Rechts auf Schadenersatz, den erlittenen Schaden binenn drei Tagen nach Eintritt des Schadens, oder, wenn der Beschädigte nicht dabei zugezogen war, nach der ihm zugekommenen Meldung

der Direktion der Gesellschaft anzeigen. Die Ausmittlung des Schadenbetrages erfolgt dagegen der Regel nach hier in Stettin durch die Direktion.

Durch die Bezahlung des Schadens tritt die Gesellschaft in die Rechte des Versicherten oder des Eigenthümers der Waare gegen den Schiffer oder überhaupt gegen jeden, der den Schaden veranlaßt hat.

§. 4.

Bei der Affekuranz und bei dem Ersatz des eingetretenen Schadens wird, der Regel nach, der versicherte Werth der Waaren zum Grunde gelegt. Ist der Werth zu hoch angegeben, so wird der Preis der Waaren am Orte und zur Zeit der Absendung durch vereidete Sachverständige, von denen jeder Theil einen ernennt, festgestellt.

Dieser Preis wird, wenn er geringer ist, als die versicherte Summe, sonst aber die letztere vergütet. Sobald, was erlaubt ist, dem Werthe der Waaren von dem Versicherten 5 bis 10 Prozent imaginären Gewinn hinzugerechnet worden, so wird bei eintretendem Verlust dieser imaginaire Gewinn zugleich mit dem Werthe der Waaren vergütet.

§. 5.

Ist der entstandene Schaden kein totaler, so steht der Gesellschaft die Wahl zu, entweder die havarirten Waaren anzunehmen, und dem Versicherten die ganze versicherte Summe zu bezahlen, oder die Waaren dem Versicherten zu lassen und nur den Schaden zu vergüten. Wählt sie letzteres, so werden die havarirten Waaren *auktionis modo* verkauft und der Betrag wird von der versicherten Summe abgezogen.

Dem Versicherten steht es nicht frei, die havarirten Waaren der Gesellschaft zu überweisen, wohl aber steht der Kompagnie das Recht zu, die havarirten Waaren *in natura* zu ersetzen.

C. Betreffend die Versicherung gegen Feuergefahr.

§. 1.

Die Versicherungsanträge werden bei der Gesellschaft oder ihren Agenten eingereicht. Sie müssen ein genaues Verzeichniß der Versicherungsgegenstände nach den verschiedenen Gattungen und eine zuverlässige Angabe aller Umstände enthalten, die bei Beurtheilung der Feuergefährlichkeit von Einfluß sein können.

Von Gebäuden muß außerdem eine, von zwei geschwornen Sachverständigen aufgenommene, eigenhändig unterzeichnete Beschreibung und Taxe beigebracht werden, bei der nur der materielle Werth, nicht aber der Grund und Boden, die etwanige vortheilhafte Lage oder andere Lokalverhältnisse, berücksichtigt sein dürfen.

§. 2.

Die Anträge auf Versicherung von Mobilien müssen den Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Mai 1837. entsprechen. Es wird jedoch dabei bestimmt:

a) daß

- a) daß alle Maschinen von nicht ganz unbedeutendem Werth nothwendig spezifizirt werden müssen;
- b) daß bei Waaren und ähnlichen Vorräthen die Zulassung der einen oder andern Versicherungsart nur von der Gesellschaft selbst abhängt.

Nach der Art der Versicherung wird die Vergütung der vorfallenden Schäden bestimmt. Fremdes Eigenthum muß als solches deklarirt werden und vom Versicherten bei vorkommenden Fällen nachgewiesen werden, daß er die Gefahr des Verbrennens gegen den Eigenthümer übernimmt oder von demselben zur Versicherung beauftragt ist.

Kostbare Gegenstände dürfen nicht mit unter Waaren in Pausch und Bogen versichert werden, bei Verlust der Entschädigung.

§. 3.

Bei partiellen Schäden tritt folgendes Verfahren ein:

- a) der Betrag des partiellen Schadens wird dadurch ermittelt, daß das Gerettete von dem zur Zeit des Brandes gehaltenen Werthe des Ganzen abgezogen wird. Ist die versicherte Summe geringer, als dieser Werth, so tritt ein Verhältniß der versicherten Summe zu dem wahren Betrage ein, und danach erfolgt die Vergütung.
- b) Bei Gebäuden muß der Versicherte das, was gerettet ist, zu dem abgeschätzten Werthe übernehmen. Vor der Abschätzung darf er keine Herstellung vornehmen.
- c) Bei Waaren, wenn sie unbeschädigt sind, wird der Marktpreis des Orts oder event. des nächsten Markts zum Grunde gelegt. Sind die Waaren beschädigt, so wird der Schade durch geschworene Taxatoren nach Prozenten abgeschätzt und danach die Vergütung bestimmt.
- d) Bei Mobilien, die zur Hauswirthschaft gehören, schätzt der Versicherte selbst, sie mögen beschädigt sein oder nicht, und der Gesellschaft steht das Recht zu, entweder die Mobilien zu übernehmen, oder sie dem Versicherten nach seiner eigenen Taxe zu überlassen.

Stettin, den 5. April 1845.

1.

Preussische National-Versicherungsgesellschaft in Stettin

genehmigt durch Allerhöchste Kabinettsorder vom ten 1845.

A c t i e

N^o

über Rthlr. 400 Pr. Courant.

Nachdem Herr P. P. diese Actie durch baaren Einschuss von Einhundert sage 100 Reichsthalern Pr. Cour. und Niederlegung eines Sola-Wechsels von Dreihundert sage 300 Reichsthaler Preuss. Courant erwarb und dadurch Mitglied der Gesellschaft geworden ist, hat — nach Inhalt der Statuten — verhältnißmäßigen Antheil an dem Vermögen derselben und ist berechtigt, den

auf besondere Zinsen und Dividenden-Scheine zur Vertheilung kommenden Gewinn gegen deren Aushändigung zu erheben.

Diese Actie kann ohne schriftliche auf derselben zu bemerkende Genehmigung des Verwaltungsraths nicht veräußert oder verpfändet werden.

Stettin, den ten

Der Verwaltungsrath u. u.

Die Direktion.

2.

Zins und Dividendenschein zur Actie N^o der Preussischen National-
Versicherungsgesellschaft zu Stettin.

N^o

Gegen Rückgabe dieses Scheins empfängt Inhaber in der Mitte des Monats Mai denjenigen Antheil an dem Reinertrage des Geschäfts der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft, welcher statutenmäßig für das Jahr auf eine Actie zur Vertheilung kommt.

Der Verwaltungsrath Die Direktion
der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft.

3.

den

1845.

Wochen nach Aufkündigung zahle für Rthlr. 300. flgd. Preuß. Courant. Vier
Sola-Wechsel an die Order der Direktion der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft daselbst die Summe von Dreihundert Reichsthaler klingend Preuß. Courant nach dem Münzfuß von 1764. Den Werth habe empfangen, leiste beim Verfall prompte Zahlung nach Wechselrecht und acceptire auf selbst hier und aller Orten wo anzutreffen.

4.

Preussische National-Versicherungsgesellschaft in Stettin.

Police	Versicherte Summe	Praemie
N ^o	Rthlr.	à pCt.

Police auf Güter.

Die Preussische National-Versicherungsgesellschaft versichert hiermit den Herr in gegen Empfang der Prämie von pro Cent die Summe von Thalern Preußs. Courant auf nachstehend näher bezeichnete Güter, welche auf Thaler Preußs. Courant taxirt und in das Schiff, genannt geführt von Schiffer oder einem andern geladen sind, oder noch eingeladen werden sollen, um von nach gebracht zu werden.

Obige Taxe ist nur in so weit gültig, als sie den Bestimmungen des All-

Allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. VIII. §§. 1983. und 84. 1987. bis 89. und 1991. angemessen ist.

Die Preussische National-Versicherungsgesellschaft übernimmt für vorbezeichnete eingeladene Güter die Gefahr und den Risiko für allen Schaden und Unglück, welche denselben ganz oder zum Theil auf der oben erwähnten Reise auf irgend eine Art durch äußere Gewalt zustoßen oder begegnen möchten, es sei durch Gefahr von See, Sturm und Ungewitter, Schiffbruch, Strandung, Uebersegelung, Werfung, Feuer, Beschlagnahme und Hindernisse auf Befehl von Machthabern, feindlichenehmung und Aufbringung, Repressalien und Konfiskationen, Beraubung durch Raper und Seeräuber, sowie durch Versehen, Verschämniß und Muthwillen des Schiffers oder seines Schiffsvolkes, oder durch alle andere bedachte oder unbedachte Fälle und Begebenheiten.

Die Gesellschaft setzt sich völlig in die Stelle der Versicherten, um dieselben von allem solchen Schaden zu befreien, und der Risiko beginnt von dem Tage und der Stunde an, da diese Güter vom Lande geschieden, um an Bord gebracht zu werden, und endigt, wenn sie in frei und unbeschädigt ans Land gebracht sind. Gott geleite es in Salvo.

Demnach verpflichtet sich die Gesellschaft, im Fall den oben bezeichneten versicherten Gütern auf der vorbemerkten Reise, was Gott verhüte, ein Unglück zustoßen, oder dieselben ganz oder theilweise verloren, verdorben oder beschädigt werden sollten, diesen Schaden oder Verlust nebst sämtlichen zur Rettung angewandten und gehörig nachzuweisenden Kosten bis zum Betrage der versicherten Summe innerhalb 2 Monaten nach geführtem genügenden Beweise prompt zu ersetzen, indem sie in allen, sowohl gedruckten als beigeschriebenen Klauseln (wovon die letzteren den ersteren vollkommen gleich zu achten oder vielmehr vorzuziehen sind) zuvörderst ihr Statut zu Grunde legt und sich übrigens den Bestimmungen der Hamburger Asssekuranz- und Havarieordnung vom 10. September 1731., und den Hamburger Usanzen, und wo diese nicht ausreichen, dem Preussischen Allgemeinen Landrecht unterwirft.

So geschehen Stettin, den ten 18

Die Direktion der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft.

5.

Preussische National-Versicherungsgesellschaft in Stettin.

Police	Versicherte Summe	Prämie
N ^o	Rthr.	à pCt.

Police auf Casco.

Die Preussische National-Versicherungsgesellschaft versichert hiermit den Herr in gegen Empfang der Prämie von pro Cent die Summe von Thalern Preuss. Courant auf Casco des Schiffes mit Masten, Segeln, Ankern und allen ferneren Geräthschaften und Zubehör, genannt

(Nr. 2658.)

geführt

geführt von Schiffer
tarirt auf Preuß. Courant Thaler

oder einem andern.

Gott geleite es in Salvo.

Die Preußische National-Versicherungsgesellschaft übernimmt die Gefahr und den Risiko alles Schadens und Unglücks, welche dem Risiko des genannten Schiffes ganz oder zum Theil während dieser Reise auf irgend eine Art zustoßen oder begegnen möchten, es sei durch Gefahr von See, Sturm und Ungewitter, Schiffbruch, Strandung, Uebersegelung, Feuer, Verwahrlosung und Versageln, Beschlagnahme und Hindernisse auf Befehl von Nachthabern, feindlichenehmung und Aufbringung, Repressalien und Konfiskationen, Beraubung durch Raper und Seeräuber, Versehen und Muthwillen des Schiffers und seiner Leute, oder durch alle andere bedachte oder unbedachte Fälle und Begebenheiten.

Die Gesellschaft setzt sich völlig in die Stelle der Versicherten, um dieselben von allen Schaden zu befreien, und der Risiko beginnt von dem Tage und der Stunde an, da das Schiff seine Ladung oder Ballast einzunehmen angefangen, bis es zu angekommen und seine Ladung oder Ballast gelöscht haben wird.

Demnach verpflichtet sich die Gesellschaft, im Fall dem versicherten Schiffe ein Unglück zustoßen oder dasselbe ganz verloren gehen sollte, nach geschehener Anmeldung und genügender Beweisführung von Seiten der Versicherten die gemäß dieser Police gezeichnete Summe oder soviel davon zur völligen Deckung des Schadens und der angewandten außerordentlichen Kosten erforderlich ist, prompt zu entrichten, indem sie in allen sowohl gedruckten als beige-schriebenen Klauseln (wovon die letzteren den ersteren vollkommen gleich zu achten oder vielmehr denselben vorzuziehen sind), zuvörderst ihr Statut zum Grunde legt und sich übrigens den Bestimmungen der Hamburger Affekuranz- und Havarie-Ordnung vom 10. September 1731. und den Hamburger Usanzen, und wo diese nicht ausreichen, dem Preussischen Allgemeinen Landrecht unterwirft.

So geschehen Stettin, den ten 18

Die Direktion der Preussischen National-Versicherungsgesellschaft.

6.

Preussische National-Versicherungsgesellschaft in Stettin.

Feuerversicherung

Police

N^o

Die Gesellschaft versichert unter den umstehenden allgemeinen und den nachfolgenden besonderen Bedingungen gemäß dem unterm aus-gestell-

gestellten Antragsbogen dem den Zeitraum vom zehnhundert	bis zum Achtzehnhundert	wohnend Tage des Monats	für Acht-
		Tage des Monats Mittags 12 Uhr.	
Stettin, am ten Tage des Monats Eintausend Achthundert			
Prämie			
Stempel			
Porto			
<hr/>			
zusammen			

(Nr. 2659.) Ministerialerklärung über die zwischen der Königlich Preussischen und der Fürstlich Reuß-Plauischen Regierung älterer Linie getroffene Uebereinkunft zur Beförderung der Rechtspflege. Vom ^{25. November} 10. Dezember 1845.

Zwischen dem Königlich Preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Berlin und der Fürstlich Reuß-Plauischen Regierung älterer Linie zu Greiz ist zur Beförderung der Rechtspflege folgende Uebereinkunft getroffen worden:

I. Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Die Gerichte der beiden kontrahirenden Staaten leisten einander unter den nachstehenden Bestimmungen und Einschränkungen, sowohl in Zivil- als Strafrechtssachen diejenige Rechtshülfe, welche sie den Gerichten des Inlandes nach dessen Gesetzen und Gerichtsverfassung nicht verweigern dürfen.

II. Besondere Bestimmungen.

I. Rücksichtlich der Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Artikel 2.

Die in Zivilsachen in dem einen Staate ergangenen und nach dessen Gesetzen vollstreckbaren richterlichen Erkenntnisse, Kontumazialbescheide und Agnitionsresolute oder Mandate sollen, wenn sie von einem nach diesem Vertrage als kompetent anzuerkennenden Gerichte erlassen sind, auch in dem andern Staate an dem dortigen Vermögen des Sachfälligen unweigerlich vollstreckt werden.

Dasselbe soll auch rücksichtlich der in Prozessen vor dem kompetenten Gericht geschlossenen und nach den Gesetzen des letzteren vollstreckbaren Vergleiches Statt finden.

Wie weit Wechselerkenntnisse auch gegen die Person des Verurtheilten in dem andern Staate vollstreckt werden können, ist im Artikel 29. bestimmt.

Artikel 3.

Ein von einem zuständigen Gericht gefälltes rechtskräftiges Zivilerkenntniß begründet vor den Gerichten des andern der kontrahirenden Staaten die